

IFIMES hat die aktuellen politischen Entwicklungen in Serbien analysiert. Wir bringen die wichtigsten und interessantesten Teile der umfangreichen Analyse mit dem Titel

2021 Serbien: Neue interne und externe Herausforderungen

Kampf gegen die Covid-19-Pandemie - Mission der Rettung von Menschenleben

Als Reaktion auf die Covid-19-Pandemie hat die Republik Serbien am 15. März 2020 den Ausnahmezustand eingeführt und ihn am 6. Mai 2020 wieder aufgehoben. Von Anfang 2020 bis zur Erklärung des Ausnahmezustands reisten rund 400.000 Personen nach Serbien ein, davon rund 40.000 Personen in der Woche vor der Einführung des Ausnahmezustands. Die Mehrheit von ihnen kam aus Hochrisikoländern, die von der Covid-19-Pandemie betroffen sind, wie z.B. Italien. Dies erforderte schnelle Entscheidungen der Behörden in Bezug auf die Covid-19-Pandemie, um einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems und eine Gesundheitskatastrophe wie in Bergamo, Italien, zu verhindern.

Die Covid-19-Pandemie hat die Welt in vielerlei Hinsicht verändert. Als die Pandemie an Fahrt gewann, modifizierte Serbien seine Reaktion und kalibrierte sich auf die neu entstandenen Umstände. Die Hauptakteure auf der internationalen Bühne nutzten Soft Power, um ihre außenpolitischen und geopolitischen Interessen und Ziele zu verfolgen. Während der Pandemie war die Europäische Union langsam und schwerfällig, was dazu führte, dass andere Länder versuchten, die entstandene Lücke zu nutzen und zu füllen. Serbien schaffte es, die durch die Covid-19-Pandemie verursachte Krise in einen Erfolg zu verwandeln. Neben der Hilfe, die es anderen Ländern beim Ausbruch der Pandemie leistete, insbesondere Italien, führte Serbien auch die Mission zur Rettung von Menschenleben in der Region an. Es unterstützte alle Länder in der Region und begann später mit der Produktion von Impfstoffen.

Analysten sind der Meinung, dass Serbien richtig reagiert hat, wenn man bedenkt, dass es bei der Bekämpfung der Pandemie notwendig ist, Solidarität zu zeigen, denn niemand kann allein gegen die Covid-19-Pandemie kämpfen. Während der Pandemie haben Serbien und sein Präsident Aleksandar Vučić (SNS) ihre Führungsposition in der Region bekräftigt. Während nämlich die Schlüsselländer um seine Gunst wetteiferten, gelang es ihm durch rechtzeitige und entschlossene Maßnahmen, eine Gesundheitskatastrophe von enormem Ausmaß zu verhindern. Der Erfolg Serbiens in der Region darf nicht als ein Versagen der anderen wahrgenommen werden.

Verhandlungen zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien über die Bedingungen für die Durchführung der nächsten Wahlen

Am 21. Juni 2020 fanden in Serbien reguläre Parlaments-, Provinz- und Kommunalwahlen statt. Bei den Wahlen erzielten die Serbische Fortschrittspartei (SNS) und ihre Kandidaten in den lokalen Gemeinden einen überzeugenden Sieg.

Obwohl vor der Ankündigung der Wahlen die Wahlhürde von 5 % auf 3 % gesenkt wurde, boykottierte ein Teil der Oppositionsparteien die Wahlen mit der Begründung, dass die Bedingungen für die Durchführung ehrlicher und fairer Wahlen nicht gegeben seien.

Die Verhandlungen zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien wurden auch nach den Wahlen unter Vermittlung der EU fortgesetzt. Es wurden einige Fortschritte erzielt, die letztlich zu einer endgültigen Einigung zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien führen könnten. Die nächsten Parlamentswahlen sind für das Frühjahr 2022 angesetzt. Es ist wichtig, dass die Vertreter der politischen Parteien auch ohne die Anwesenheit internationaler Vertreter einen Dialog führen, um ihr gegenseitiges Vertrauen zu stärken und die demokratischen Fähigkeiten für den Wahlprozess zu gewährleisten.

Nach Meinung von Analysten sollte sich die Opposition neu formieren, d.h. neue Führungspersönlichkeiten finden und ihr politisches Programm ergänzen, um sich den Regierungsparteien entgegenstellen zu können. Bislang hat der Modus Operandi der Opposition keine effektiven Ergebnisse gebracht. Die heterogene Struktur der Opposition erfordert bei den anstehenden Wahlen einen "Multi-Echelon"-Ansatz, da eine assoziierte heterogene Opposition keine synergetische Wirkung auf die Wählerschaft erzielen würde. Die Opposition beklagt sich überwiegend über ihre Darstellung in den Medien. Es gibt jedoch zahlreiche Beispiele aus anderen Ländern, in denen Oppositionsparteien die Wahlen gewonnen hatten, obwohl sie in den Medien nicht signifikant vertreten waren. Die Teilnehmer des Wahlprozesses müssen während des Wahlkampfes gleichberechtigt in den Medien vertreten sein. Die Opposition hatte mit dem Boykott der letzten Parlamentswahlen einen großen Fehler begangen, da sich die Oppositionsparteien auf diese Weise selbst aus dem politischen Prozess eliminierten und ihren Einfluss und ihre Aktionen im Wesentlichen auf die Ebene von Nichtregierungsorganisationen (NGO) reduzierten. Der Boykott durch die Oppositionsparteien ist eine Verliereroption. Die derzeitigen Vertreter der Opposition können Vučić nicht konfrontieren - es sei denn, es würde eine Figur auftauchen, die von den Bürgern als unumstrittene Autorität wahrgenommen würde, wie **Zdravko Krivokapić** in Montenegro. Der ehemalige serbische Präsident **Boris Tadić** schloss nicht aus, bei den Präsidentschaftswahlen erneut zu kandidieren, was gleich zu Beginn ein falscher und für die Opposition nachteiliger Schritt ist. Die Opposition richtet alle ihre Aktionen und Aktivitäten überwiegend gegen Aleksandar Vučić, statt auf die Bürger/Wähler.

Interne "Säuberung" der SNS

Es wird geschätzt, dass die Serbische Fortschrittspartei etwa 800.000 Mitglieder hat. Sie ist eine der am besten organisierten politischen Parteien in Europa. Wie die meisten politischen Parteien, die an der Macht sind, hat auch die SNS in den letzten Jahren häufige politische Turbulenzen erlebt, die auf interne Konflikte, die traditionellen "Krankheiten der langen Regierungszeit", das turbulente Umfeld sowie den Einfluss des ausländischen Faktors zurückzuführen sind, der auf das bereits erprobte Rezept des Sturzes einer Partei von innen setzt.

Da der serbische Präsident und SNSD-Vorsitzende Aleksandar Vučić wieder im Fokus steht, sind die Informationen über das geheime Abhören von Präsident Vučić keine Überraschung. Solche Informationen sollten die Öffentlichkeit aufrütteln und den Sicherheits- und Geheimdienstapparat alarmieren, aber auch die Aufmerksamkeit auf das mögliche Endziel solcher Aktivitäten lenken. Da in der jüngeren Geschichte der erste demokratisch gewählte Premierminister des Landes, Zoran Đinđić, ermordet wurde, gibt es berechtigte Befürchtungen hinsichtlich der Drohungen gegen den derzeitigen serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić. Die verstärkten Aktivitäten der ausländischen Sicherheitsbehörden in Serbien sind ein Zeugnis dafür, dass diese Aktivitäten geplant und synchronisiert sind.

Analysten glauben, dass es von außerordentlicher Bedeutung ist, dass die Prozesse der Differenzierung innerhalb der SNS eingeleitet wurden, da sie zu einer politischen "Erholung" der Partei und einem Showdown mit abweichenden Erscheinungen und Personen führen werden. Die SNS muss eine Kontrolle über ihre zahlreichen Mitglieder und Vertreter in der Regierung einführen, um negative Vorkommnisse zu verhindern oder zu minimieren. Nicht viele politische Parteien haben den politischen Mut und die Bereitschaft, die eigenen Reihen zu "säubern", denn die Mehrheit der politischen Parteien greift auf Methoden zurück, um negative Vorkommnisse zu verbergen und die Probleme "unter den Teppich zu schieben". Ähnliche Prozesse sind den Oppositionsparteien zu empfehlen, denn nur so können sie die Situation in den eigenen Reihen konsolidieren und sich angemessen auf die kommenden Wahlen vorbereiten. Serbien steht vor neuen inneren und äußeren Herausforderungen, die einfallsreiche und angemessene Lösungen erfordern.

Stillstand im Dialog zwischen dem offiziellen Belgrad und Pristina

Nach der Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens über die "wirtschaftliche Normalisierung" zwischen Belgrad und Pristina vom 4. September 2020 und dem Aufbau stärkerer Beziehungen zwischen Serbien und den USA haben sich die Aktivitäten zur Destabilisierung Serbiens verstärkt. Der Abschluss des Dialogs passt bestimmten politischen

Kräften nicht. Nämlich passt er vor allem einem Teil des internen Faktors in Serbien nicht, der in Verbindung mit dem internationalen Faktor versucht, Serbien zu destabilisieren.

Obwohl das Brüsseler Abkommen zwischen dem offiziellen Belgrad und Pristina im Jahr 2013 unterzeichnet wurde, ist es immer noch nicht vollständig umgesetzt worden, vor allem wegen der Behinderungen durch die kosovarischen Behörden bei der Umsetzung des Brüsseler Abkommens und insbesondere des Teils des Abkommens, der sich auf die vermissten Personen (Archive der Kosovo-Befreiungsarmee) und die Gründung der Gemeinschaft der serbischen Gemeinden bezieht.

Die Frage des Eigentums ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen dem offiziellen Belgrad und Pristina. Das Washingtoner Abkommen sieht die Lösung der Frage der Nutzung und Verwaltung des Gazivoda / *Liqeni* / *Ujmanit* / Sees vor, zu dem eine Machbarkeitsstudie erstellt werden soll.

Es gibt auch Streitigkeiten in Bezug auf andere Liegenschaften im Kosovo. Zu den am häufigsten genannten Liegenschaften gehören: Bergbau-, Metallurgie- und Chemiekombinat *Trepča* und das Eigentum im Energiesektor, das auf über 3 Milliarden Euro geschätzt wird.

Die ständigen Initiativen, die darauf abzielen, den Dialog inklusiver zu gestalten, trugen auch zum Stillstand des Dialogs zwischen dem offiziellen Belgrad und Pristina bei. Es gibt auch eine Initiative, die Frage des sogenannten Preševo-Tals (Gemeinden *Preševo*, *Medveđa* und *Bujanovac*) in den Dialog einzubeziehen und ihre jeweiligen Vertreter am Dialog teilnehmen zu lassen. Dies erinnert an die Situation bei der Konferenz über das ehemalige Jugoslawien in Genf, bei der die politischen Vertreter von Sandžak die Teilnahme beantragten, aber ihr Antrag wurde abgelehnt.

Analysten sind der Meinung, dass es notwendig ist, den Dialog zwischen dem offiziellen Belgrad und Pristina fortzusetzen und eine Kompromisslösung zu finden, ohne neue Vertreter einzubeziehen, aber auch gleichzeitig an der Umsetzung der bereits unterzeichneten Abkommen - der Abkommen von Brüssel und Washington - zu arbeiten.

Hat Serbien ein Recht auf seine Außenpolitik wie Deutschland - EU-Doppelmoral

Serbien steht nach wie vor unter starkem Druck. Die Einwände kommen vor allem aus der EU und beziehen sich auf die Integration des Landes in die EU. Am häufigsten betonen sie die mangelnde Harmonisierung der serbischen Außenpolitik, insbesondere nach der Einführung von Sanktionen der EU gegen Russland. Die Außenpolitik Serbiens, die sich in einem "Viereck" aus EU - USA - China - Russland + der Blockfreien Bewegung positioniert, wird von der EU nicht begrüßt, die von Serbien verlangt, der EU-Politik zu folgen, d.h. die serbische Außenpolitik und die politischen Entscheidungen der EU-Politik zu unterwerfen, obwohl immer noch nicht bekannt ist, wann (und ob) Serbien ein EU-Mitglied werden wird. Der Westen äußert immer noch seine Vorbehalte gegenüber der geopolitischen Ausrichtung Serbiens und einiger anderer Länder in der Region, bei denen er vermutet, dass sie ihre geopolitische Ausrichtung ändern könnten. Deshalb ist es wichtig, in der kommenden Periode daran zu arbeiten, das Vertrauen zwischen Serbien und dem Westen zu stärken und zu entwickeln.

Auf der anderen Seite verfolgt Deutschland in seinen Beziehungen zu Russland eine andere, eher intransparente und auf sich allein gestellte Außenpolitik gegenüber der EU. Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und Kandidat für den nächsten Bundeskanzler Armin Laschet glaubt, dass Deutschland die Beziehungen in mehrere Richtungen entwickeln sollte. Er unterstützt eine Außenpolitik, die die Entwicklung der Beziehungen in mehrere Richtungen fördert und warnt gleichzeitig vor dem drohenden Abbruch des Dialogs mit Russland und China. Laschet ist der Meinung, dass *"die Außenpolitik immer auf die Suche [nach Wegen der Interaktion] ausgerichtet war, einschließlich der Zusammenarbeit mit Ländern, die unterschiedliche Gesellschaftsmodelle haben. Das betrifft China, Russland und die Länder der arabischen Welt"*.

Umstrittene Privatisierungen immer noch strittig?

Die umstrittenen Privatisierungen sind in den Entschlüssen des Europäischen Parlaments zu Serbien und insbesondere in der Entschlüsselung Nr. 2011/2886(RSP) des Europäischen Parlaments

aufgeführt, die auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg am 29. März 2019 angenommen wurde.

Nach dem Machtantritt von **Vojislav Koštunica** (DSS) erlebte Serbien einen enormen Anstieg von Kriminalität und Korruption (*24 umstrittene Privatisierungsprozesse, Bericht des Rates zur Bekämpfung und seines Vorsitzenden Verica Barać*), sowie unfreie Medien.

Nach der Eröffnung der Untersuchung in Österreich im September 2011 über die Beschaffung von Mobilfunkbetreibern in der Region, insbesondere Mobtel, durch das österreichische Unternehmen Telekom und der Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) vom 29. März 2012, die von Serbien eine Überprüfung der umstrittenen Privatisierungen fordert, intensivierte die Europäische Union ihre Forderungen nach einer Aufarbeitung der Verantwortlichen für die begangene organisierte Kriminalität und Korruption in Serbien. Es wurde besonders hervorgehoben, dass das Unternehmen *Mobtel*, das gewaltsam und illegal von **Bogoljub Karić**, dem Eigentümer der BK-Gruppe, beschlagnahmt wurde, an den umstrittenen österreichischen Geschäftsmann **Martin Schlaff** und anschließend an die norwegische *Telenor* für 1,513 Milliarden Euro verkauft wurde.

Der damalige serbische Präsident und Vorsitzende der Demokratischen Partei (DS) **Boris Tadić** reagierte nicht adäquat, d.h. ging nicht auf all diese negativen Vorkommnisse ein und verlor die Wahlen 2012, obwohl die Mehrheit der Medien unter der Kontrolle seiner engen Mitarbeiter stand oder ihm direkt unterstellt war (oder ihn begünstigte). Der Einfluss der Medien auf den Ausgang von Wahlen wird oft überschätzt. Im Jahr 2012, obwohl die Medien in Serbien unter der Kontrolle des Regimes von Boris Tadić standen, gewann Tomislav Nikolić (SNS) in einem ungleichen Wettbewerb und wurde der nächste serbische Präsident. In demokratischen Ländern kommt man durch Wahlen an die Macht, nicht durch Proteste oder den Boykott von Wahlen.

Das Europäische Parlament forderte von den Behörden in Serbien eine gründliche Untersuchung und Überprüfung der umstrittenen Privatisierungsprozesse in 24 Unternehmen und die Sanktionierung der Verantwortlichen. Die Untersuchung war oberflächlich, obwohl zu erwarten war, dass jemand, der 24 umstrittene Privatisierungsvorgänge seriös untersucht hat, mit einer klaren Analyse aufwarten und darlegen würde, was die Fehler im Privatisierungsprozess waren. Es ist symptomatisch, dass bei den Privatisierungsvorgängen keine Straftatbestände entdeckt wurden, obwohl es wahrscheinlich welche gab. Bestimmte Personen wurden offensichtlich verschont oder geschützt, denn die Überprüfung der umstrittenen Privatisierungsprozesse erfolgte offensichtlich selektiv. Abgesehen von einigen Sätzen im Bericht, die besagen, dass die Überprüfung abgeschlossen ist, ist diese Arbeit beendet. Jeder, der an der Überprüfung der Privatisierungsprozesse teilgenommen hat, wurde gut bezahlt, während die Bürger Serbiens nicht das Recht hatten, darüber informiert zu werden, wie das organisierte Verbrechen und die Korruption während des Regimes von Vojislav Koštunica und Boris Tadić aussahen und was alles geändert werden muss, damit es nicht wieder passiert.

Wiedergutmachung der Folgen des Koštunica-Regimes – Beschlagnahme und Plünderung von Privateigentum

In Ziffer 18 der Entschließung Nr. 2011/2886(RSP) des Europäischen Parlaments vom 29. März 2012 äußerte das Europäische Parlament seine Besorgnis über die Wiederholung von Anschuldigungen auf der Grundlage von Artikel 359 des serbischen Strafgesetzbuchs im Zusammenhang mit Amtsmissbrauch in Privatunternehmen, die zum ungerechtfertigten Einfrieren von Vermögenswerten zahlreicher Unternehmen und Einzelpersonen führten. Das EP betonte, dass solche Anschuldigungen das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Landes untergraben hätten. Daher forderte das Europäische Parlament in der Entschließung die damaligen Behörden in Serbien auf, rasch eine Überarbeitung des Strafgesetzbuches vorzunehmen und sicherzustellen, dass es mit den europäischen Standards in Einklang steht, sowie die Erhebung von Anklagen wegen Amtsmissbrauchs in Privatunternehmen und Unternehmen mit mehrheitlich privatem Eigentum unverzüglich zu beenden und die anhängigen Strafverfahren einzustellen. Darüber hinaus betonte das Europäische Parlament, dass Personen, die nach Artikel 359 angeklagt wurden und bei denen der Verdacht besteht, dass die Dauer ihrer Inhaftierung oder das Einfrieren ihres Vermögens in keinem Verhältnis zu der ihnen vorgeworfenen Straftat steht, Anspruch auf eine sofortige Einstellung des Verfahrens gegen sie sowie das Recht auf Rückgabe ihres Privateigentums und eine angemessene Entschädigung haben sollten.

Am anschaulichsten sind die Fälle der Unternehmen *Mobtel*, *BK Televizija* und *Astra Bank*. Mit dem Segen des damaligen Premierministers Vojislav Koštunica überfielen nämlich Spezialeinheiten des serbischen Innenministeriums, deren Mitglieder Sturmhauben trugen, gewaltsam diese Unternehmen, beschlagnahmten die gesamte Ausrüstung, rissen die Kabel heraus und liquidierten das Unternehmen und die Bank. Der Schaden, der Bogoljub Karić entstanden ist, ist enorm und beläuft sich nach einigen unabhängigen Schätzungen auf 3,3 Milliarden Euro. Die Beschlüsse des EP müssen respektiert und ausgeführt werden. Auch das Unternehmen *C Market* wurde von bestimmten Machtzentren der damaligen Zeit, die vom damaligen serbischen Premierminister Vojislav Koštunica und dem Eigentümer des Unternehmens *Delta Miroslav Mišković* angeführt wurden, illegal beschlagnahmt, was zur Verfolgung und Ausstellung eines Haftbefehls gegen den *Eigentümer von C Market, Slobodan Radulović*, führte. *C Market* war nämlich die größte Handelskette in Jugoslawien. Der anschließende Tod von Radulović soll eine Folge der genannten Entwicklungen gewesen sein. Solche Fälle müssen ihr Nachspiel vor Gericht bekommen. Das heißt, es ist notwendig, die Verantwortung der Personen festzustellen, die an diesen illegalen Handlungen beteiligt waren. Das wird ja auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments gefordert. Notwendig ist eine Entschädigung, sowohl eine moralische als auch eine materielle Genugtuung - damit man nicht auf die Urteile der europäischen Gerichte warten muss. Es ist notwendig, dass die erforderliche Höhe der Entschädigung festgelegt wird und dass die nationalen Behörden diese Frage klären, um Klagen vor europäischen Gerichten zu vermeiden - unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Privateigentum unverletzlich ist. Dies würde die Rechtssicherheit, den Investitionsschutz und das Vertrauen der Investoren weiter stärken.

Während die Rückgabe der Eigentumsrechte, die den Eigentümern nach dem Zweiten Weltkrieg entzogen wurden, weitgehend abgeschlossen ist, wird dieses Thema immer noch nicht angegangen, obwohl Menschenrechte und Privateigentum die Grundlagen der EU-Rechtsordnung sind. Aufgrund der gewaltsamen Beschlagnahmung seines Privateigentums wurde der Fall von Bogoljub Karić als serbische Version des Falles **Michail Chodorkowski** betrachtet, während Vojislav Koštunica und Boris Tadić immer noch nicht vor der Justiz zur Rechenschaft gezogen wurden. In der Zeit der Herrschaft des Koštunica-Tadić-Duos wurden mehr als 6.300 Strafanzeigen gegen Kapitaleigner wegen angeblichen Amtsmissbrauchs aus Artikel 359, Serbisches Strafgesetzbuch - Amtsmissbrauch in Privatunternehmen - gestellt. Dies war ein "Erbe" des alten Gesetzes aus der kommunistischen Zeit, das Koštunicas Regime offensichtlich zur "Disziplinierung" privater Geschäftsleute missbraucht hatte. Später schaffte die neue Regierung in Serbien, angeführt von der Serbischen Fortschrittspartei (SNS), den Artikel 359 des Strafgesetzbuches ab, so wie es alle anderen Länder der ehemaligen SFRJ zuvor getan hatten, weil der Artikel zur "Erpressung" von Kapitalbesitzern und Privatunternehmen benutzt worden war.

Ljubljana/Brüssel/Washington/Belgrad, 2. Juni 2021